

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/86

Bonn, den 7. April 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 Die Demokratien und die Diktatur 54

Der Fall Athen: Ein Bewährungsproblem für den Westen

3 Im Dienst der Menschlichkeit 43

Das Deutsche Rote Kreuz in Nigeria

4 - 6 Helft die Türen öffnen! 125

Bauen für Körperbehinderte - ein gesellschaftspolitisches Problem
3,7 Millionen Menschen in der Bundesrepublik sind betroffen

Von Eugen Glombig, MdB

*

*

*

Die Demokratien und die Diktatur

Der Fall Athen: Ein Bewährungsproblem für den Westen

ee - Jede Diktatur ist ein Problem an sich, für sich selbst und für ihre Umwelt. Das Problem wird größer, schwieriger und unüberschaubarer, wenn diese Diktatur, wie heute die der Militärjunta in Griechenland, mitten in eine Umwelt hineingestellt ist, die in sich so zerrissen ist, wie kaum jemals zuvor in der erfaßbaren Geschichte. Unsere Welt ist gespalten in Bereiche, die sich als östlich, kommunistisch oder sozialistisch und als westlich, kapitalistisch oder demokratisch darstellen. Das Problem der griechischen Diktatur, die an der Nahtstelle einer zerrissenen Welt liegt, übersteigt damit alle bekannten Maßstäbe. Sie ist Mitglied der Allianzen des freien demokratischen Westens, sie spricht in demokratischen Gemeinschaften mit, auch über Demokraten, Demokratien und Demokratie. Ihre Vertreter, die Delegierten der diktatorischen Militärjunta, die sich auch durch Volksabstimmungen nicht in ihrem Charakter und Wesen geändert hat und heben kann, sitzen gleichberechtigt in den Räten des freien demokratischen Westens und votieren über dessen Entscheidungen mit. Alles in allem eine Vorstellung, die so abstrus ist, daß sich in jedem Demokraten alles empört und zur Wehr setzt, dem an der Glaubwürdigkeit, nach innen und nach außen, der Demokratie und des freien Westens gelegen ist.

Was kann der freie demokratische Westen tun? Daß er etwas tun muß, daß er sich entscheiden muß, daran kann kein Zweifel bestehen. Der Europarat, dem ganz konkrete Anträge von Mitgliedsstaaten mit dem Ziele der absoluten Klarstellung der unveräußerlichen Freiheitsposition des Westens vorliegen, wird und muß in seiner Dezembersitzung reinen Tisch schaffen. Griechenland ist bis dahin eine dringend zu nutzende Frist gesetzt, in deren Rahmen von Athen aus selbst dafür Sorge getragen werden kann und eigentlich auch muß, daß dieser westliche Staat in seinem inneren Aufbau und in seinem Charakter wieder in die Normen

der Demokratie zurückgekehrt ist. Es hängt also von Athen selbst ab, wie das Dezembervotum des Europarates ausfallen wird, das sich bereits jetzt bei der Londoner Jubiläumssitzung jedenfalls für die Übergroße Mehrheit der Mitgliedstaaten abgezeichnet hat. Die zwei Nein-Voten und die drei Enthaltungen sind übrigens kein Lorbeerblatt für diese bedeutende Institution der freien demokratischen Welt.

Natürlich darf diese freie Welt die Griechen nicht allein lassen. Sie müssen wissen, daß die freie Welt zu ihnen steht und sie nicht vergißt. Willy Brandt hat in einer mit viel Sympathie aufgenommenen Bemerkung klar genug gemacht, wie schwer diese Position der freien Welt ist. In Erinnerung an seine zwölfjährige Emigration ließ der Bundesaußenminister und SPD-Vorsitzende keinen Zweifel daran, wie schwer es erstens für ein unter einer Diktatur lebendes Volk ist, sich selbst aus dieser Verstrickung zu retten, und wie schwer es zweitens für die Umwelt ist, einem solchen Volke von außen nicht nur mit Reden zu helfen. Vor allem die Zuhörer Brandts, die aus Staaten und Völkern stammen, denen das Geschick die Erfahrungen der Diktatur erspart hat, verstanden besser als bisher, warum es im Fall Athen geht und was möglich ist, um diesen Fall in demokratischer Weise mit demokratischen Zielen zu bereinigen.

Eine Zurückholung in die Gemeinschaft nach Moskauer ^Y CSSR-Muster ist für den Westen völlig undenkbar. Es bleibt also nur das Beispiel, das alle zu geben haben, die Demokraten sind und zu Demokratien gehören und der schließlich überwältigende und entscheidende moralische Druck, der sich aus diesem großen Beispiel zwingend ergibt und auch Militärdiktatoren keinen Ausweg mehr läßt.

+ + +

Im Dienst der Menschlichkeit

Das deutsche Rote Kreuz in Nigeria

na. - Die Arbeit des Deutschen Roten Kreuzes zusammen mit den Rotkreuz-Organisationen anderer Länder hat es erreicht, daß in ihrem Einsatzgebiet in Biafra die Mangelkrankungen weitgehend abgebaut und die Sterblichkeitsrate der Zivilbevölkerung auf ein Mindestmaß gesenkt werden konnte. Zehntausende von Biafranern verdanken ihr Überleben dem Einsatz des Deutschen Roten Kreuzes, wofür die Bevölkerung der Bundesrepublik vier Millionen Mark an Spenden und die Bundesregierung noch einmal 11,5 Millionen Mark bereitstellte.

Das Deutsche Rote Kreuz arbeitet in einem 7.500 Quadratkilometer großen Gebiet in Südost-Nigeria, wo etwa 450.000 Menschen wohnen. Es arbeitet gemeinsam mit Helfergruppen aus England, Schweden, den USA, Österreich und Dänemark. Gegenwärtig sind noch zwölf Männer und zwei Schwestern des Deutschen Roten Kreuzes zusammen mit 350 Biafranern bei der Arbeit. Das DRK hat die Organisation und Koordination in dem gesamten Gebiet übernommen, dessen Mittelpunkt die Stadt Uyo ist.

In dem Versorgungsgebiet hat das DRK inzwischen 123 Lager eingerichtet. Daneben existieren 26 Küchenzentren. Hier werden die Lebensmittelrationen zu Mahlzeiten aufbereitet, da die Bevölkerung zum großen Teil keine Gelegenheit hat, selbst zu kochen. Wöchentlich kommen 500 Tonnen Lebensmittel in der Form von Fisch, Bohnen, Reis und einheimischen Grundnahrungsmitteln wie etwa Hirse zur Verteilung. An jedem der Küchenzentren haben sich zwischen 300 und 2.000 Menschen niedergelassen, die nun eine Chance zum Überleben haben.

Die Lebensmittel werden durchweg im Hafen Calabar ausgeladen. Erst kürzlich hatte ein Schiff in Reykjavik Island 470 Tonnen Stockfisch übernommen, die in Kalabar ungeschlagen wurden. Davon hatte die Bundesrepublik über das DRK für eine Million DM 370 Tonnen Stockfisch gekauft. Mit den Mitteln der Bundesregierung in Höhe von 11,5 Millionen Mark konnte das internationale Komitee des Roten Kreuzes 23 Lastwagen, zehn Sattelschlepper, 20 Feldküchen, zwei Unimogs und für 100.000 DM Fleischkonserven zur Hilfe für die nigerianische Bevölkerung beschaffen.

Um die Hilfe zu vervollständigen, benötigt das DRK für Nigeria jetzt noch Chirurgen und Anästhesisten. Sie sollen in dem Gebiet eingesetzt werden, wo das DRK die Versorgung für 450.000 Menschen koordiniert und ihre Verpflegungszentren und Feldküchen unterhält.

Das internationale Komitee vom Roten Kreuz versorgt gegenwärtig in Nigeria und Biafra etwa zwei Millionen Menschen. Die nationalen Rot-Kreuz-Organisationen, die eng zusammenarbeiten, lassen dort monatlich durch ihre über 400 Helfer 7.000 Tonnen Hilfsgüter, vornehmlich Lebensmittel verteilen. Inzwischen beginnen aber die Gelder knapp zu werden. Bis zum 31. August benötigt das internationale Rote Kreuz noch rund 85 Millionen Schweizer Franken.

+ + +

Helft die Türen öffnen!

Bauen für Körperbehinderte - ein gesellschaftspolitisches Problem
3,7 Millionen Menschen in der Bundesrepublik sind betroffen

Von Eugen Glombig, MdB *

Gewiß ist es keine neue Erkenntnis, daß der Wohnungsbau in der Bundesrepublik jetzt im Zeichen des Wandels steht, aber es ist auf jeden Fall eine neue Erkenntnis, daß im Zeichen dieses Wandels auch die Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse der Körperbehinderten stehen muß. Es ist auch keine neue Erkenntnis, daß der Wohnungsbau bisher vornehmlich eine Versorgungsaufgabe erfüllte und sich ihm für die Zukunft eine städtebauliche Gestaltungsaufgabe stellt. Wer diese städtebauliche Gestaltungsaufgabe ernst nimmt, muß künftig bei ihrer Lösung an die Körperbehinderten denken. Wo immer ganze Städte oder Stadtteile oder einzelne Wohnungen neu gebaut, wo immer veraltete Baugebiete erneuert oder modernisiert werden, müssen der Wohnungsbau und der Städtebau in ihrer Gesamt-Konzeption die Bedürfnisse des Körperbehinderten berücksichtigen.

- * Die Überwindung architektonischer und technischer Hindernisse
- * im Interesse der Körperbehinderten ist eine große Zukunfts-
- * aufgabe unseres Volkes, wenn wir uns dessen bewußt werden, daß
- * in der Bundesrepublik Deutschland 3,7 Millionen Personen, das
- * sind 5,6 Prozent der gesamten Bevölkerung des Bundesgebietes,
- * als Behinderte gelten.

Zu dieser Zahl der Behinderten kommt noch eine Millionenzahl älter und gebrechlicher Menschen, die zwar nicht zu den Behinderten im engeren Sinne zählen, aber doch ebenso wie sie die größten Schwierigkeiten bei der Überwindung architektonischer und technischer Hindernisse in den Wohnungen, in den öffentlichen Gebäuden und bei der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel haben. Die Lösung dieser großen Zukunftsaufgabe erfordert die gemeinsame Anstrengung aller Beteiligten, sie erfordert aber wohl auch gesetzliche Regelungen auf Bundes- und Landesebene.

Ich bin Sozialpolitiker und kein Wohnungsbaupolitiker. Dennoch glaube ich, daß der Anstoß für die Überwindung architektonischer und technischer Hindernisse von den Sozialpolitikern, von den unmittelbar Betroffenen und ihren Organisationen kommen muß. Alle haben - und das gilt nicht für die Behinderten selbst - wertvolle Zeit und viele Möglichkeiten versäumt.

Als erstes müßte eine Ergänzung des Bundesbaugesetzes erfolgen, aus der die grundsätzliche Verpflichtung hervorgeht, noch mehr als bisher die Belange Körperbehinderter bei der Planung und Ausführung öffentlicher und privater Hochbauten zu berücksichtigen. Das muß für

alle Wohnungsbauten, gewerbliche Bauten, öffentliche und Verkehrsbauten gelten, bei denen aufgrund ihrer Zweckbestimmung mit einem überdurchschnittlichen Anteil Körperbehinderter zu rechnen ist.

Wenn auch grundlegende Fragen, etwa günstige Verkehrsanschlüsse, kurze Einkaufswege usw. mit der Gebietsausweisung und Planung entschieden werden, so können doch durch zweckmäßige Planung der einzelnen Bauwerke einige wesentliche Erleichterungen für Körperbehinderte geschaffen werden. Zu den in den Bauordnungen festzulegenden Maßnahmen zählen:

- * 1. ebenerdige Wohnungen vorzugsweise für Körperbehinderte;
- * 2. Vermeidung von Differenzstufen innerhalb von Gebäuden;
- * 3. bei Zugängen von Wohnungen Rampen statt Stufen;
- * 4. breite Treppen mit bequemen Steigungsverhältnis;
- * 5. reichliche Breiten von Haus- und Wohnungseingangstüren;
- * 6. Anordnung von Lichtschaltern in bequemer Griffhöhe;
- * 7. in schwerwiegenden Fällen besondere Maßnahmen beim Einbau der sanitären Installationen, einschließlich des Einbaues von Küchen für Körperbehinderte Hausfrauen.

Wenn aus den Bauvorlägen ersichtlich oder sonst andererseits bekannt wird, daß ein Bauvorhaben von mehreren Körperbehinderten genutzt werden soll, so empfiehlt es sich, das zuständige Gesundheitsamt zu Rate zu ziehen. Vorausgesetzt, natürlich, daß das Gesundheitsamt auch die qualitativen Voraussetzungen für einen solchen Rat erfüllt. Ebenso ist es notwendig, daß bei dem Bau von Altersheimen, Heimen für Körperbehinderte und Kollektivhäusern für Körperbehinderte vorher ein fachlicher Rat eingeholt wird. Ich empfehle daher, daß beim Bundesministerium für Wohnungswesen und Städtebau aufgrund der notwendigen Ergänzung des Bundesbaugesetzes eine Kommission von Fachleuten berufen wird, die nach Möglichkeit einheitliche Normen für die Bauordnungen aufstellt. Aber auch in den Ländern sollten Kommissionen berufen werden, die aufgrund der festgesetzten Normen die notwendigen Planungen erarbeiten und die Durchführung überwachen.

Es muß darauf geachtet werden, daß bei großen Wohnanlagen ein angemessener Teil für die besonderen Belange Körperbehinderter hinsichtlich Lage und Beschaffenheit der Wohnungen berücksichtigt wird. Das darf aber keinesfalls die Schaffung von "Gettos für Körperbehinderte" bedeuten. Denn wir gliedern die Körperbehinderten nur dann in die Gesellschaft ein, wenn wir sie im wahrsten Sinne des Wortes in die Gemeinschaft der Gesunden integrieren.

Es sollte vor allem für die städtischen und gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften jetzt eine Gelegenheit sein, sich dieses

Problems anzunehmen. Die "Neue Heimat" hat das Problem erkannt und inzwischen tatkräftig angepackt. Es bedarf wohl nur des Anstoßes, um die gutwilligen Kräfte im Wohnungsbau, im Städtebau und im Verkehrsbau darauf aufmerksam zu machen, daß die Körperbehinderten vor Barrieren stehen, die die Gesellschaft vor sie aufgerichtet hat, und die bei der Bewältigung des Lebens für die katastrophale, wenn nicht sogar schier unüberwindliche Hindernisse darstellen. Es muß künftig für die Körperbehinderten möglich werden, ohne Schwierigkeiten in die öffentlichen Gebäude hineinzukommen, Theater und Kinos zu besuchen, die Verkehrsmittel zu benutzen, um frei von Anstaltspflege ein Leben in Freiheit und Würde in den eigenen vier Wänden führen zu können. Ein solches freies Leben der Körperbehinderten hätte für den Fiskus übrigens auch einen Vorteil, nämlich den, daß es insgesamt billiger für ihn wäre, als beispielsweise ein lebenslanger Anstalts- oder Heimaufenthalt.

Der Körperbehinderte lebt nicht vom Brot allein. Seine Hemmungen und Komplexe sind weitgehend auf die oftmals negative Einstellung der Öffentlichkeit gegenüber seinen Problemen zurückzuführen. Wir müssen dem Körperbehinderten gleiche Lebens-Chancen geben.

Noch fehlt auch die Meldepflicht für Körperbehinderte. Weder die Körperbehinderten noch die Ämter, die mit ihnen zu tun haben, wissen genügend von den Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Überwindung architektonischer und technischer Hindernisse für Körperbehinderte. Deshalb brauchen wir die Unterstützung der so genannten Massenmedien. Sie müssen unseren Kampf um Gleichberechtigung und Anerkennung für Behinderte noch mehr unterstützen. Sie müssen die Öffentlichkeit darüber aufklären, warum Theater und Museen einen Zugang für Rollstühle besitzen, warum in U- und S-Bahnhöfen neben Rolltreppen auch Aufzüge vorhanden sein müssen und warum Körperbehinderte normengerechte Wohnungen, die mit dem Aufzug erreichbar sind und so den Körperbehinderten weitgehend unabhängig von fremder Hilfe machen, haben müssen.

Nur wenn es uns gelingt, diese Zukunftsaufgabe zu lösen, werden wir am Ende unserer Bemühungen feststellen können, daß wir die Behinderten in die Gesellschaft eingegliedert haben. Gehen wir den bisherigen Weg weiter, dann werden die Behinderten am Rande der Gesellschaft bleiben. Gehen wir einen neuen Weg, dann werden auch die Behinderten die große Chance der Ein- oder Wiedereingliederung in Arbeit, Beruf und Gesellschaft haben. Deshalb mein Appell: "Helft die Türen öffnen!"

* Der Verfasser dieses Beitrages, der Hamburger SPD-Abgeordnete Eugen G l o m b i g kennt die Probleme der baulichen Barrieren für Körperbehinderte aus eigener Erfahrung: er ist an beiden Beinen gelähmt.